

DIE WELTWOCHEN

Kommentar

Kraftlose Sonntagliberale

Der deutliche Zuspruch für die Energiewende zeigt: Das Stimmvolk hat keine Angst vor dem Bürokratiemonster. Die Devise lautet: «Mehr Staat, weniger Freiheit».

René Zeller

Das Volk hat den Kompass fixiert. Nach dem jüngsten Abstimmungssonntag ist die Energiewende nicht mehr umstritten, sondern ein Faktum. Die Schweiz wird in absehbarer Zeit ohne Kernkraftwerke kutschieren müssen. Wer dies nach dem glasklaren Verdikt des Souveräns immer noch in Zweifel zieht, ist ein schlechter Demokrat.

Konkret zu klären war aufgrund des von der SVP angestregten Referendums die energiepolitische Marschrichtung. Darüber hinaus ist das Ergebnis aber auch ein deutlicher Fingerzeig, wie sich die politische Grosswetterlage hierzulande präsentiert.

Zwei Denkschulen prallten aufeinander. Die Befürworter der Energiestrategie 2050 favorisierten mannigfaltige staatliche Anschubhilfen. Ohne regulatorische Krücken sei der Kurswechsel nicht möglich. Die Gegner stemmten sich gegen Subventionen, sie warnten vor einem planwirtschaftlichen Overkill und plädierten für Vertrauen in die Innovationskraft des freien Marktes. Die Antiregulierer sind die Verlierer.

Selbstverschuldetes Malaise

Die Niederlage für die liberale Grossfamilie kommt nicht über Nacht. Die politischen Parteien, die nicht müde werden, vor Bürokratisierung und Bevormundung zu warnen, verlieren schleichend an Terrain. Das Malaise ist selbstverschuldet, weil Wort und Tat auseinanderklaffen. Rechts der Mitte wird unablässig das Klagelied über den wuchernden Paragrafenschwamm intoniert. Doch die bürgerlichen Kräfte, die seit je die Mehrheit in den eidgenössischen Räten stellen, sind ausserstande, dem von links eingeforderten Etatismus Einhalt zu gebieten. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, kein Freund von staatlichem Interventionismus, hielt seinen Gesinnungs-^[1]freunden unlängst via NZZ den Spiegel vor: «Wir reden zwar von Deregulierung und Bürokratieabbau, aber wir machen genau das Gegenteil. Pro Woche produzieren wir 140 A4-Seiten zusätzliche Vorschriften.»

Die FDP, Schneider-Ammanns Partei, räumt dem Kampf gegen die grassierende Regulierungswut oberste Priorität ein. Die Leistungsbilanz ist mehr als dürftig. Der Versuch, mit einer Volksinitiative («Bürokratie-Stopp!») gegenzusteuern, scheiterte 2012 schon im Unterschriftenstadium kläglich. An ihrer Agenda hält die FDP gleichwohl fest. Doch handfeste Projekte – «Easy Swiss Tax», einheitlicher Mehrwertsteuersatz, Individualbesteuerung – sind bis dato Papiertiger geblieben.

Im Parlament sind zahllose Vorstösse hängig, die dazu beitragen sollen, den Paragrafenschwamm auszudünnen. Ihre Inhalte stammen nicht nur aus freisinnigen Federn. Auch in den Reihen von SVP und CVP wird wortreich der Kahlschlag administrativer Vorschriften und Verbote gefordert. Im Wahljahr 2015 hatte der Bürokratieabbau-Aktionismus Hochkonjunktur. Der Frankenschock, ausgelöst durch Nationalbank-Präsident Thomas Jordan, fachte das Lamento zusätzlich an. Eine wirtschaftspolitische Revitalisierungskur sei dringlich, forderten die Spitzen von FDP und SVP lautstark. Der Berg an Vorstössen hat bisher eine Maus geboren, das berühmte bürgerliche Schulterchluss-Manifest von 2015 ist längst Geschichte.

Dass die Verfechter einer möglichst freien Marktwirtschaft sukzessive in die Defensive gedrängt werden, ist auch den Sprachrohren der Wirtschaft anzulasten. Deren Wankelmütigkeit trat im Kampf um die Energiewende überdeutlich zutage. Der Dachverband Economiesuisse flüchtete sich in Stimmenthaltung, was einer wirtschaftspolitischen Bankrotterklärung gleichkommt. Der Schweizerische Gewerbeverband stuft die Energievorlage zwar als ordnungspolitischen Murks ein, was ihn aber nicht davon abhielt, die Ja-Parole auszugeben. Das war insofern ein Salto rückwärts, als sich die Standesorganisation der KMU-Wirtschaft seit 2010 mit Haut und Haaren dem Kampf gegen die Regulierung verschrieben hat.

Das Ja zur Energiewende zeigt exemplarisch, wie heterogen das bürgerlich-liberale Lager geworden ist. Der gemeinsame Nenner, den der Freisinn einstmals in den provokativen Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» gegossen hatte, trägt nicht mehr. Das Misstrauen in die Wirtschaft ist zu einer politischen Konstante geworden. Dazu haben die Banken mit ihren Bonus-Exzessen beigetragen. Die Pharma-Lobby hat kein Interesse, den Medikamentenmarkt zu deregulieren. Dass die Landwirtschaft unter bürgerlichem Heimatschutz steht, macht die Performance besagter Parteien auch nicht besser.

Rare Lichtblicke

Ist es angezeigt, von einer Krise der liberalen Schweiz zu sprechen? Ja – auch wenn eine grossräumige Leistungsbilanz den tröstlichen Hinweis zulässt, dass der Abwehrkampf gegen den von links befeuerten Staatsausbau nicht gänzlich aussichtslos ist. In den letzten Jahren sind die gewerkschaftliche Mindestlohninitiative und die jungsozialistische «1:12»-Initiative vom Stimmvolk abgeschmettert worden. Das Parlament versenkte das dirigistische Präventionsgesetz, und es hat unlängst das Obligatorium für Hundekurse aufgehoben. Immerhin.

Die antiregulatorischen Lichtblicke können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Perspektiven düster sind. Es gibt zu viele Sonntagsliberale, die einknicken, sobald das süsse Gift der Subventionen lockt. Die ordnungspolitische Reinigungsequipe im Bundeshaus agiert kraftlos. Der Staat ist auf dem Vormarsch. Das unterstreicht Volkes Ja zur Energiewende, an der nicht mehr zu rütteln ist.